Begriffsdebatten und Debattenbegriffe

Das parlamentarische Paradigma des Begriffsstreits und -wandels

*Kari Palonen**

Schlüsselwörter: Begriffsdebatten, Debattenbegriffe, Parlamentarismus, Begriffsgeschichte, Rhetorik, Quentin Skinner, Reinhart Koselleck

Abstract: Quentin Skinners Vorschlag, Hobbes' *Leviathan* wie eine Parlamentsrede zu lesen, bildet hier den Ausgangspunkt für eine Begriffsgeschichte, die die prozedurale Debatte des Parlaments zum Modell des Begriffsstreits nimmt. Die Leitidee besteht in der gegenseitigen Bedingtheit zwischen Begriffen und Debatten in der parlamentarischen Politik. Aus dieser Sicht wird hier eine Skizze der möglichen Typen einer rhetorisch inspirierten Begriffsgeschichte entworfen. Von empirischen Studien einzelner Begriffe in Debatten über die Debatten um die Begriffe und Begriffe bestimmter Debattentypen gelangt man zu Begriffsdebatten und Debattenbegriffen. Aus einer lockeren Verbindung zwischen Debatten und Begriffen entsteht so ein Begriff-Debatten-Komplex, in dem beide Seiten ohne Verweis auf die andere nicht zu verstehen sind. Der Parlamentarismus im doppelten Sinne eines Regimes und einer rhetorischen politischen Kultur markiert aus dieser Sicht ein historisches Momentum im Streit um Begriffe, die zugleich Fragestellungen für eine Geschichte politischer Debatten und Begriffe eröffnet.

Abstract: Quentin Skinner's proposal to read Hobbes's *Leviathan* as if it would be a speech in parliament opens up a possibility for a form of conceptual history that takes the procedural style of the parliamentary debate as a paradigm for conceptual controversies. Its guiding idea is the inherent connection between concepts and debates in the parliamentary politics. From this perspective the author sketches a typology of the possible forms of a rhetorical history of concepts. Its range reaches from empirical studies on concepts in debates via debates on concepts and the concepts of debate types to concept debates and debate concepts. In other words, with this shift the loose links between debates and concepts are replaced by a concept-debate complex, the poles of which are not intelligible without a reference to each other. Parliamentarism in the double sense of a regime and a rhetorical political culture marks a historical momentum in this struggle on concepts and opens up at the same time a research question for the history of political debates and concepts.

I now say to my students on Hobbes's 'Leviathan' on which I am giving a course at the moment, think of it as a speech in Parliament; all of these great works of political philosophy are recognizably contributions to a debate; interpreting them is uncovering what that contribution was...

(Quentin Skinner im Interview mit Alan Macfarlane 10. Januar 2008)

* Prof. Dr. Kari Palonen, Universität Jyväskylä
Kontakt: kari.i.palonen@jyv.fi

In der Einleitung seines klassischen Werks *The Foundations of Modern Political Thought* formulierte Quentin Skinner 1978 das Verhältnis des Denkens zur Politik wie folgt: „For I take it that political life itself sets the main problems for the political theorist, causing a certain range of issues to appear problematic, and a corresponding range of questions to become the leading subjects of debate” (Skinner 1978, Bd. I: xi). In diesem Satz bringt Skinner auf den Punkt, was als ‚Skinner’sche Wende‘ im Studium des politischen Denkens Furore machte (vgl. Palonen 2003; 2005). Mit *Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes* (1996) und weiteren Studien zur Rhetorik der englischen Renaissance hat Skinner diese Wende dann weiter radikalisiert, indem er nun die Rhetorik als Bindeglied zwischen politischer Praxis und politischer Theorie ins Zentrum seiner Untersuchungen rückt.

Als Motto dieses Aufsatzes habe ich Skinners Ansinnen gewählt, Hobbes’ *Leviathan* wie eine Parlamentsrede zu lesen. Zunächst lässt sich Skinners Vorschlag so verstehen, Parlamentsreden als Musterbeispiel für alle Debatten, also etwa auch für akademische oder literarische Debatten, anzusehen. Dagegen möchte ich diese Stelle wörtlicher deuten und sie als Ausgangspunkt für Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses von Begriffen und Debatten nehmen. Denn Parlamentsreden bieten uns besondere Chancen, die Begrifflichkeit und Rhetorik politischer Kontroversen so zu analysieren, dass zum einen ihre Rolle in der jeweils aktuellen Debatte, zum anderen ihre über die aktuelle Debatte hinausreichende begriffliche und rhetorische Bedeutung untersucht werden können.

Skinner vertritt die Auffassung, dass der Rückgriff auf die politische Redekultur des Parlaments eine bessere Chance bietet, Hobbes’ *Leviathan* als Beitrag zur politischen Debatte zu verstehen, als wenn man ihn mit Mitteln einer beliebigen Konversationsanalyse analysieren oder den *Leviathan* als Teil eines vermeintlichen Gesprächs großer philosophischer Geister verstehen würde. Die historisch geprägte Institution des Parlaments hat eine eigene Redekultur mit Prozeduren und rhetorischen Praktiken geformt, die zur Interpretation des *Leviathan* als einem Beitrag zu zeitgenössischen Debatten herangezogen werden können. Die täglichen Abläufe des englischen Parlaments – etwa bezüglich der rhetorischen Praktiken und der parlamentarischen Prozedur, aber auch hinsichtlich der Auswirkungen von Mehrheitsverhältnissen auf parlamentarische Verfahren – zu kennen, ist eine Voraussetzung dafür, das Denken Hobbes’ als Beitrag zur zeitgenössischen politischen Debatte zu verstehen.

In diesem Beitrag will ich vor allem die Konsequenzen der Skinner’schen Lesart des *Leviathan* für die Begriffsgeschichte genauer diskutieren. In den Parlamentsdebatten zeigt sich in idealtypischer Form das enge Verhältnis zwischen Begriffen und Debatten für die politischen Kontroversen und ihrer historischen Analyse. Das Verhältnis ist eines der gegenseitigen Bedingtheit: Ohne Debatten gibt es keinen Grund, Begriffe zu revidieren, und ohne einen Bezug zu Begriffen kann man politische Debatten nicht von selbstzweckhaften kommunikativen Spielen unterscheiden.

Von dieser gegenseitigen Bedingtheit ausgehend will ich hier einige idealtypische Überlegungen zum Verhältnis von Begriffen und Debatten präsentieren. Damit will ich zum einen das – für mich seit Langem feststehende – eindeutige Verhältnis zwischen Rhetorik und Begriffsgeschichte aufs Neue thematisieren sowie Skinners rhetorisches Forschungsprogramm mit neuen Argumenten (vgl. Palonen 2004; Skinner 1999; 2005; das Interview mit Fernández Sebastián 2007) in einen eigenen Ansatz der Begriffsgeschichte überführen, in dem die Begriffe parlamentarisch-demokratischer Debatten eine besondere Bedeutsamkeit gewinnen.

1. Parlamentsdebatten als begriffsgeschichtliche Quellen

Ein auf parlamentarische Quellen orientierter Ansatz zur Begriffsgeschichte (vgl. Ihalainen/Palonen 2009), wie er hier vorgestellt wird, unterscheidet sich von den bestehenden Ansätzen dadurch, dass er auf eine andere Art von Texten als paradigmatische Quellen zurückgreift. Die *Geschichtlichen Grundbegriffe* benutzen zum Beispiel ein Quellenparadigma, das an die von Reinhart Koselleck so genannte *Sattelzeit* der Begriffsumbildung angepasst ist, nämlich die Konversationslexika. Lexika dieser Art wurden seit dem 18. Jahrhundert regelmäßig und in Konkurrenz miteinander herausgegeben. Die unbeabsichtigte Kehrseite davon ist, dass Koselleck zwar parlamentarische Quellen in der Mittelkategorie zwischen ‚Klassikern‘ und Lexika erwähnt (Koselleck 1972: xxiv–xxv), in den Artikeln der *Geschichtlichen Grundbegriffe* jedoch kaum einmal auf sie zurückgegriffen wird. Trotzdem verweist das Lexikonparadigma auf Debatten der Autoren und Herausgeber miteinander. Die Lexika bildeten im deutschsprachigen Raum eine Art Ersatzforum politischer Debatten bis zum Paulskirchenparlament von 1848, da bis dahin bekanntlich nur einzelne Landtage auf ständischer Grundlage existierten. Kosellecks Typologie der Quellen in seiner *Einleitung* gibt jedoch keine Verweise auf die mögliche Bedeutung der verschiedenen Debattenarten für die Begriffsbildung.

In Kosellecks späterem Verständnis der Begriffsgeschichte werden ‚Grundbegriffe‘ dann vor allem dadurch bestimmt, dass sie kontrovers sind. „Gerade wegen ihrer Unersetzbarkeit werden die Grundbegriffe als solche strittig“ (Koselleck 2006: 534; vgl. auch Koselleck 1996). Koselleck hat den Unterschied zwischen asymmetrischen und symmetrischen Gegenbegriffen betont (Koselleck 1979: 215–259), den letzteren Typus mit Carl Schmitts¹ Freund-Feind-Unterscheidung als Musterbeispiel verbindend: „Wegen ihrer formalen Negation handelt es sich erstmals um rein symmetrische Gegenbegriffe, da für Freund und Feind eine Selbst- bzw. Feindbestimmung vorliegt, die von beiden Seiten gegenläufig verwendbar ist.“

Zwar kann man mit guten Gründen die Symmetrie der Freund-Feind-Dichotomie bei Schmitt bestreiten. Die Idee, dass um Begriffe debattiert wird und Begriffsbildungen symmetrisch sind, sofern sie von allen Diskussionsparteien gegenläufig verwendet werden können, lässt sich jedoch weiterverfolgen. Aus dieser Sicht besteht in der parlamentarischen Debatte, die das faire Spiel des Redens *pro et contra* institutionalisiert, die beste historische Annäherung an den symmetrischen Begriffsgebrauch. In diesem Sinne kann man von einer Parlamentarisierung der Begriffe als einem Stil in der Verwendung von Begriffen reden, der im Sinne einer fairen Austragung des Begriffsstreits auch außerhalb der Parlamente verwendet werden kann.

Die meisten Parlamentarismusforscher² von heute zeigen wenig Interesse für Begriffe in Parlamentsdebatten und beschränken sich primär auf die Untersuchung institutioneller Aspekte. Wird die parlamentarische Praxis doch einmal unter rhetorischen Gesichtspunkten untersucht, begnügen sich die meisten Studien damit, vorhandene Redepraktiken zu beschreiben (als Ausnahme vgl. jedoch Mergel 2002). Diese werden aber nicht weitergehend auf die konzeptionelle und historische Eigenart des Parlaments bezogen. Grad, Art und politische Bedeutung des parlamentarischen Momentums bleiben in ihren Aus-

1 Den Verweis auf Carl Schmitt vgl. bei Koselleck (1979: 258–259).

2 Zur sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau soll darauf hingewiesen werden, dass die weibliche Form hier und im Folgenden immer implizit berücksichtigt ist.

wirkungen auf die rhetorische Gestaltung von Debatten unbeachtet (vgl. dazu Palonen 2010).

Einige Linguisten haben inzwischen Redebeiträge in Parlamenten als Quellen für ihre Untersuchungen neu entdeckt und allerlei diskurs- und gesprächsanalytische Studien mit diesen Materialien betrieben. Vieles davon (vgl. zum Beispiel Bayley 2004; Ilie 2010) ist sehr wertvoll. Trotzdem bleibt der Eindruck, dass die Spezifika parlamentarischer Prozeduren, die geschichtlichen Unterschiede zwischen parlamentarischen und nicht-parlamentarischen Regierungssystemen beziehungsweise zwischen souveränen Parlamenten und anderen Versammlungen parlamentarischer Art in diesen Studien kaum angemessen berücksichtigt werden.

Dem *rhetorical turn* folgend gibt es ebenfalls in etlichen Ländern und Disziplinen viele neuere Studien, die sich ganz auf die rhetorischen Praktiken in Parlamenten konzentrieren (vgl. etwa Goldberg 1998; LeDreizen 2005; Meisel 2001; Musolf 1999). Sie scheinen jedoch nur Sprachpraktiken sowie rhetorische Figuren und Strategien zu behandeln. Die konzeptionellen und historischen Verbindungen zwischen der Institution des Parlaments und seinen Prozeduren mit der Rhetorik bleiben unbemerkt. Nach den Studien Skinners und seines wissenschaftlichen Umfelds (vgl. etwa Mack 2002; Colclough 2005; Peltonen 2007; 2009) sind die parlamentarischen Prozeduren und Praktiken eng mit der rhetorischen Kultur der englischen Renaissance verbunden. Aus dieser Sicht versteht man unter Zeitgenossen ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Parlament (und nicht mehr antike Versammlungen) als das Paradigma der deliberativen Rhetorik und der dissensualen Politik.

Um systematisch den Dissens in einer Prozedur zur Manifestation zu bringen und zum Gegenstand des Interesses zu machen, gibt es kein mit Parlamenten konkurrierendes Forum, zumal sich im Parlament die kontroversen Debatten mit gegenseitigem Respekt unter den Mitgliedern verbindet. In diesem Aufsatz diskutiere ich vor allem, zu welchen Zwecken die Parlamentsdebatten als Quellen der dissensualen Begriffsgeschichte brauchbar sein können. Ich entwerfe dazu eine typologische Skizze der historisch relevanten Beziehungen zwischen Begriffsgeschichte und parlamentarischen Debatten.

2. Zur Analyse von Parlamentsdebatten

Im 19. Jahrhundert referierten Zeitungen Parlamentsdebatten ausführlich. Gegen Ende des Jahrhunderts entstand dann die Boulevardpresse. In der Folge reduzierten auch die seriösen Zeitungen ihre Parlamentsberichte, bis sie fast keine Parlamentsdebatten mehr abdruckten. Die Journalisten und Zeitungen wollten ihre eigene Agenda setzen, anstatt die des Parlaments zu übernehmen. Für viele sind Parlamentsdebatten fremd und schwer verständlich geworden. Zu ihrer Analyse benötigt man auch besondere Lesarten, die mit der Eigenart und Geschichte der parlamentarischen Politik und Rhetorik zusammenhängen.

Parlamentsdebatten als eine Quelle der Forschung zu nutzen liegt jedoch deshalb nahe, weil Plenardebatten offiziell stenographisch dokumentiert und publiziert werden. Diese Praxis besteht in Ländern mit regulär tagenden Parlamenten etwa seit dem frühen 19. Jahrhundert. Es gibt – in westlichen Ländern zumindest – auch keine prinzipiellen Schwierigkeiten, Zugang zu parlamentarischen Quellen zu erhalten. Aus diesem Grund bieten Parlamentsdebatten einen reichen und breit angelegten Fundus von Indikatoren und Faktoren des zeitgenössischen Wortgebrauchs und seiner Wandlungen.

Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind aktuelle Parlamentsdebatten aus vielen Ländern im Original im Internet einsehbar.³ Teilweise stehen den Forschern in einer elektronischen Form auch ältere Debatten, etwa der beiden Kammern des englischen Parlaments⁴ oder der des Reichstags ab 1867⁵, zur Verfügung. Die Suchmöglichkeiten in den digitalisierten Versionen haben vor allem die diachrone und synchrone Vergleichbarkeit zwischen Parlamentsdebatten gerade in begrifflicher Hinsicht erleichtert.

Will man begriffsgeschichtliche Studien betreiben, bieten sich Parlamentsdebatten als Quelle geradezu an. Vor allem durch die prozedurale Möglichkeit zur Symmetrie im parlamentarischen Begriffsgebrauch aufgrund des Redens *pro et contra* lohnt sich eine gründliche und detaillierte Lektüre der Debatten. Das neue Bewusstsein für die rhetorischen Aspekte in parlamentarischen Verfahren bietet zudem neue Chancen, Parlamentsdebatten einer konzentrierten Lektüre im Hinblick auf ihre eigenständigen politischen Sprechakte zu unterziehen. Um Parlamentsdebatten rhetorisch und begriffsgeschichtlich zu analysieren, muss man sich des Politikums der Parlamentsdebatten stärker bewusst werden, als dies bei einer sporadischen und unreflektierten Lektüre dieser Debatten geschieht. Dazu sind Reflexionen zu Lesarten und Fragestellungen in der Analyse der Parlamentsdebatten nötig.

Mein Ausgangspunkt für die Diskussion ist also, parlamentarische Debatten vor allem als ein Musterbeispiel der deliberativen Rhetorik *pro et contra*, die Alternativen konstruiert und sie gegeneinander abwägt, zu verstehen. Das rhetorische Prinzip des Parlaments bestreitet sowohl die Möglichkeit als auch den Sinn, irgendwelche beste Lösungen für bestehende Probleme zu präsentieren. Die Pointe eines prozedural verstandenen Parlamentarismus liegt eben darin, den Dissens der Perspektiven und Debatten, die unterschiedliche Standpunkte zum Inhalt haben, als Schlüssel zum Verständnis der parlamentarischen Politik zu verstehen.

Die rhetorische Literatur des 19. Jahrhunderts kannte die Eigenart der parlamentarischen Rhetorik sehr genau. Die damaligen Autoren waren mit der Vorgehensweise, die der parlamentarischen Prozedur eigentümlich ist, vertraut. Sie wussten um deren Spezifik, eine Frage überhaupt nur dann angemessen behandeln zu können, wenn sie aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und kontrovers diskutiert wird.

Die Literatur zur parlamentarischen Beredsamkeit, die in England seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und in Frankreich seit der Julirevolution von 1830 eine erste Blütezeit hatte, eröffnet einen möglichen Zugang zur politischen Analyse parlamentarischer Debatten. Mittels dieser Literatur kann man das zeitgenössische Selbstverständnis der Parlamentarier – die linguistischen Konventionen, wie Skinner sagen würde – untersuchen und zur Diskussion stellen. Der älteste Teil des Genres besteht aus einfachen Sammlungen von Parlamentsreden, mit denen sich Parlamentarier als Redner auszeichnen wollten (vgl. zum Beispiel Goodrich 1853). Zu diesen Sammlungen gesellten sich später Beschreibungen der Redepraktiken berühmter Parlamentarier (vgl. Reinach 1894; Curzon 1914). Dieses Genre wird noch heute, etwa in der mehrbändigen, von der *Assemblée nationale* in Frankreich besorgten Ausgabe der ‚Meisterstücke‘ der Parlamentsberedsamkeit (vgl. die sechs Bände von *Les grands discours parlementaires*, 2004–2006) fortgeführt.

3 Auf der Webseite der Interparliamentary Union <http://www.ipu.org/english/parlweb.htm> lassen sich die Parlamentsdebatten der aufgeführten Länder verfolgen.

4 Vgl. die Webseite der Hansard Society <http://hansard.millbanksystems.com/>.

5 Vgl. <http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>.

Zum literarischen Korpus rund um die parlamentarische Beredsamkeit zählen auch Ratgeber für Parlamentarier (vgl. Abschnitte bei Barthou 1923 oder Müller-Meinigen 1926) einschließlich einer ironischen Variante (vgl. Lombard 1928). Einen Sonderfall der Ratgeberliteratur, den ich ‚Parlamentarierspiegel‘ nennen möchte, bildet die Maximen-sammlung des langjährigen Unterhausmitglieds William Gerard Hamilton aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die unter dem Titel *Parliamentary Logick* 1808 posthum publiziert wurde. Hamilton beschreibt die im Parlament praktizierten rhetorischen Eingriffe aus der Sicht der antiken Rhetorik, ohne jedoch die zeitgenössischen Reformen in den Parlamentsabläufen und die Bestrebungen zur Parlamentarisierung der Regierung zu beachten. Dies vermindert seine Anwendbarkeit als Ratgeber für ein parlamentarisches Regime. Die Rede von der parlamentarischen Logik verweist jedoch auf die Einsicht in die rhetorische Konstitution des Parlaments durch Rede und Widerrede.

Dazu kommen die der Parlamentsrhetorik gewidmeten Teile in der allgemeinen Rhetorikliteratur (vgl. vor allem De Mille 1878; Brewer 1916). In diesem Genre steht die Prozedur des Parlaments im Vordergrund, die das parlamentarische Reden etwa von der *platform*-Rhetorik der öffentlichen Versammlungen unterscheidet. Damit ähneln sie den klassischen Kommentaren zur parlamentarischen Prozedur von Thomas Erskine May in England (1997; 1. Ausgabe 1844) oder Eugène Pierre (1887; 1893; 1906) in Frankreich, die teilweise bis heute weitergeführt werden. Die Studien zur Geschichte des Parlaments-prozederes, wie Josef Redlichs klassisches Werk (1905), verbinden mehrere Aspekte der parlamentarischen Politik, Juridik und Rhetorik miteinander. Diese Studien und Dokumente der parlamentarischen Rhetorik haben jedoch – mit Hamilton als Ausnahme – den in den Plenardebatten verwendeten Begriffen und ihren Wandlungen keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die parlamentarische Politik hat ihre *raison d'être* in einer Art rhetorischer Erkenntnistheorie, der gemäß Fragen auf der parlamentarischen Agenda nur dann angemessen behandelt werden, wenn sie unter den Mitgliedern aus gegensätzlichen Perspektiven debattiert und beurteilt werden. Dies beschreibt der kanadische Rhetorikprofessor James De Mille wie folgt: „The aim of parliamentary debate is to investigate the subject from many points of view which are presented from two contrary sides. In no other way can a subject be so exhaustively considered.“ (De Mille 1878: 473)

Auch in demokratisch gewählten und parlamentarisch regierten Ländern werden viele Regierungsvorlagen ohne Diskussion angenommen. Dies vermindert keineswegs die politische Bedeutung des rhetorischen Prinzips. Die Vorlagen sind prinzipiell der Kritik ausgesetzt, und Regierungen und Minister können nie sicher sein, dass ihre Vorlagen im Laufe der parlamentarischen Debatte im Plenum und in den Ausschüssen nicht durch Einwände und alternative Entwürfe verändert werden. Die Abwesenheit der Debatte bei vielen umstrittenen Fällen ist im heutigen Parlament eher eine Konsequenz dessen, dass man nie genug Zeit hat, alles Diskussionswürdige auch wirklich zu diskutieren. Die politische zentrale Frage gilt entsprechend vielmehr der Abwägung dessen, worum es sich zu streiten lohnt, wenn die Zeit knapp ist. Ohne eine derartige Abwägung kann man eigene Positionen nur demonstrativ vorbringen oder Obstruktion betreiben.

3. Von Einzelstudien zur Typologie

Nach dieser Diskussion, warum eine rhetorische Begriffsgeschichte mit parlamentarischen Debatten als bevorzugte Quelle zu betreiben ist, kann ich zur Frage übergehen, wie und wozu man eine solche Begriffsgeschichte betreiben kann.

Die einfachste Version ist, einzelne Begriffe aus verschiedenen Debatten zu untersuchen und eine empirische Geschichte dieser Begriffe mit parlamentarischen Quellen zu betreiben. Der bloße Umfang dieser Quellen ermöglicht eine Art indikatorischer Vorarbeit zur Begriffsgeschichte (vgl. Koselleck 1972), die etwa in Hinsicht auf die Datierung begrifflicher Wandlungen interessant sein kann. Die empirische Vorarbeit zu einer derartigen Begriffsgeschichte kann also beliebige Begriffe und alle Debatten zum Gegenstand haben. Vor allem die elektronische Form, in der viele Parlamentsdebatten inzwischen vorliegen, ermöglicht es zu untersuchen, wann und in welchem Kontext ein Begriff in einem Parlament thematisiert wurde und wie der Gebrauch des Begriffs sich im Laufe der Zeit verändert hat.

Einfache Begriffsgeschichten dieser Art können auch gut in einem interparlamentarischen Vergleich betrieben werden. Dieser einfache Ansatz steigert auch die Praktikabilität inter-parlamentarischer und parlamentstypologischer Vergleiche. Die linguistisch orientierten Parlamentsstudien betreiben häufig Vergleiche dieser Art, ohne jedoch die Fragen der Begriffsgeschichte zu stellen.

Auch die schon vorliegenden Studien politischer Grundbegriffe kann man unter Ausnutzung der umfassenden und breiten Quellenbasis parlamentarischer Debatten noch einmal überprüfen und kontrollieren. Die mit größeren Mitteln unternommenen Interpretationen, etwa meine Studien zum Politikbegriff (Palonen 1985; 1990; 2006), können im Prinzip mit Hilfe von parlamentarischen Quellen im Detail geprüft und revidiert werden. Obwohl auch der im Netz verfügbare parlamentarische Informationsdienst *Hansard* lange Zeit Debatten nicht wortwörtlich dokumentiert hat, kann man über ihn unterschiedliche Formulierungen des Politik-Vokabulars historisch identifizieren und thematisieren. Die Geschichte des Wortgebrauchs in den Quellen bildet für sich jedoch noch keine Begriffsgeschichte. Sie stellt eher eine ihr vorangehende beziehungsweise sie nachprüfende Hilfsdisziplin dar.

Längs- und Querschnittstudien einzelner Begriffe in Parlamentsdebatten sagen indes nichts über das Verhältnis zwischen Begriffen und Debatten aus. Sie verweisen höchstens auf Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten im Auftauchen von gewissen Vokabeln oder Topoi. Statt lediglich Begriffe *in* Debatten zu untersuchen, kann man auch einen Schritt weiter gehen und Debatten *um* Begriffe, die in Gesetzesvorlagen, parlamentarischen Fragen und anderen Debattenarten explizit thematisiert werden, zum Gegenstand der Untersuchung machen. Mit diesem Schritt begibt man sich auf den Boden einer Begriffsgeschichte, die die rhetorischen Aspekte in der Diskussion um Begriffe berücksichtigen muss.

Auf der nächsten Stufe kann man die Perspektive umkehren und die Art der Debatten aus der Sicht der verwendeten Begriffe, die charakteristisch sind für einen bestimmten Debattentyp, thematisieren. Parlamentarische Genres (Verfassungsdebatten, Misstrauensanträge, Gesetzgebung, Mitgliederinitiativen, Haushaltsberatungen, Fragestunden und so weiter) unterscheiden sich in ihrer Art, Begriffe zu thematisieren und zu debattieren. Hier geht es also um die ‚Debattengenres‘ der Begriffe.

Debatten um Begriffe müssen nicht direkt Gegenstand der Beratungen sein, sondern verweisen auf allgemeinere politische Kontroversen, etwa um den Begriff des Parlamen-

tarismus selbst, die in verschiedenen parlamentarischen Debatten auftreten. Hier spreche ich von ‚Begriffskontroversen‘.

Debattengenres und Begriffskontroversen zusammen verweisen noch auf einen weiteren Typus, den ich ‚Debattenregelungsbegriffe‘ nenne. Hierbei wird um Begriffe gestritten, die sich auf die parlamentarische Prozedur beziehen. Wie soll das parlamentarische Verfahren vollzogen werden und welche Begriffe werden zur Beschreibung der jeweiligen Verfahrensalternativen verwendet? Dieser Typus bleibt indes sowohl auf Debattengenres als auch auf Begriffskontroversen bezogen, weil in diesen Auseinandersetzungen auch über die parlamentarische Prozedur und deren begriffliche Fassung diskutiert werden kann.

Unten diskutiere ich diese vier Typen des Begriff-Debatten-Komplexes anhand von Beispielen, die auf die Selbstthematisierung des Parlamentarismus bezogen sind, wie etwa Debatten um die Begriffe der Repräsentation und der parlamentarischen Deliberation.

4. Debatten um Begriffe

Aus der Sicht der Repräsentation bilden Begriffe wie Vertretung, Mandat, Wahl, Wahlrecht, Wählerschaft, Stimmabgabe, Mehrheit, Minderheit, Regierung, Opposition, Partei und Fraktion die zentralen Begriffe der Parlamentssprache. Aus der Sicht der deliberativen Rhetorik sind teilweise dieselben Begriffe, etwa Wahl und Abstimmung, soweit sie im Parlament stattfinden, ebenfalls interessant, dazu kommen Begriffe wie Rede, Widerrede, Debatte, Diskussion, Streit, Beredsamkeit und die Modi ihrer Austragung.

Bei Streitigkeiten um die Demokratie und den Parlamentarismus werden seit jeher auch die obigen Begriffe diskutiert – sei es, um ihnen eine spezifische Interpretation zu geben, sei es, um sie auf- oder abzuwerten, sei es, um sie in ihrem Bedeutungsgehalt gegenüber anderen Begriffen abzugrenzen oder auszuweiten. Debatten um das Wahlrecht, um die rechtliche Stellung und finanzielle Ausstattung der Abgeordneten oder um die Verteilung der Redezeit in der parlamentarischen Geschäftsordnung sind Beispiele der aktuellen Streitigkeiten um die Modi der Repräsentation und Deliberation. Zwischen diesen Begriffen besteht seit jeher eine gewisse Spannung im Verständnis des Parlamentarismus, und es lohnt sich zu fragen, wie diese Spannung in der parlamentarischen Praxis begrifflich zum Ausdruck kommt.

Mit Frank Ankersmit (2002: 115) kann man davon ausgehen, dass das Prinzip der Repräsentation erst die Repräsentierten und Repräsentanten als solche konstruiert. Die von Ankersmit so genannte mimetische Repräsentation, die das Parlament als Spiegelbild seiner Wählerschaft sieht, unterstellt die parlamentarischen Entscheidungen dem prinzipiellen Verdacht, vom Willen des ‚Volkes‘ abzuweichen. Dagegen verbindet Ankersmits ästhetische oder substituierende Konzeption Deliberation und Repräsentation eng miteinander. Die parlamentarische Deliberation der Repräsentanten besteht unter anderem darin, die seit dem Wahltag eingetretene Veränderung der Welt eigenständig zu diskutieren und zu beurteilen. Diese Verbindung zwischen Deliberation und Repräsentation erkennt ebenfalls an, dass Wähler und zur Wahl stehende Kandidaten aus der Außenperspektive das Parlament und seine Arbeit loben oder auch tadeln mögen, dass sie aber, sobald sie Parlamentsmitglieder geworden sind, eine größere Chance haben, aus der Innenperspektive heraus den prozeduralen Politikstil des Parlamentarismus zu erlernen (vgl. Weber 1917: 187).

Das ideale Prinzip für die mimetische Konzeption der Repräsentation ist das imperative Mandat, wie man es aus den Ständeversammlungen kennt. Heute stellen etwa das quasi-gebundene ‚Parteimandat‘ beziehungsweise ‚Wahlkreismandat‘ sowie das durch Referenden herbeigeführte Veto gegenüber Parlamentsbeschlüssen Surrogate des imperativen Mandats dar. Auch in nur formal parlamentarischen Systemen propagieren Großparteien und Ministerialbürokratie oft das Ideal, politische Entscheidungen für die gesamte Wahlperiode soweit wie möglich schon vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments festzulegen. Aber auch in voll parlamentarischen Systemen bestehen Praktiken, die denjenigen einer imperativen Mandatsausübung nicht unähnlich sind. Dazu zählen Bindungen der Parlamentarier an Wahlresultate, an Vereinbarungen von Regierungskoalitionen oder Verpflichtungen auf ein Regierungsprogramm, die im Namen der Repräsentativität eingefordert werden, die der eigenständigen politischen Bedeutung parlamentarischer Debatten aber wenig Spielraum lassen. Derartige Bindungen sind jedoch mit der auf Rede und Widerrede basierten parlamentarischen Prozedur samt der geheimen Parlamentswahl, die die Unabhängigkeit der Abgeordneten legitimieren, unvereinbar.

Dagegen aktiviert das deliberative Ideal das Parlament als einen Ort der Rede. Die rhetorische Dimension in der Begriffsgeschichte des Parlaments verweist auf den Gegensatz von Rede und Widerrede als die *raison d'être* des Parlaments (vgl. insbesondere Redlich 1905: 586 f.). Die dissensuale Rede im neuzeitlichen Parlament dient nicht mehr, wie in antiken Versammlungen beziehungsweise ständischen Körperschaften, zur bloßen ‚Beratung‘ der Entscheidungsträger. Vielmehr sind es die Parlamentarier selbst, die ‚souverän‘ debattieren und abstimmen. Sie setzen mit der Abstimmung den letzten rhetorischen Schachzug in einer Debatte. Damit Debatten jedoch nicht ausufern, sind im Parlament zugleich Entscheidungen über die Befristung der Zeit für Deliberation und Debatten nötig.

Somit wird in der rhetorischen Begriffsgeschichte des Parlamentarismusbegriffs neben der parlamentarischen Verantwortung der Regierung auch über die parlamentarische Deliberation als prozedurales Prinzip und die ihr entsprechende rhetorische Kultur des Parlaments als Quelle eigenständiger Redepraktiken diskutiert. Diese Verbindung steckt in den Details der parlamentarischen Prozeduren und Praktiken und wirkt sich auf deren historische und rhetorische Wandlungen aus. Die Untersuchung des jeweils aktuellen parlamentarischen Wortgebrauchs baut eine Brücke zur Geschichte des Begriffs ‚Parlamentarismus‘.

5. Parlamentarische Debattengenres

Die Frage, wie sich Begriffe zu unterschiedlichen Arten von Debatten verhalten, wird in Studien zu Debatten um einzelne Begriffe jedoch nicht thematisiert. Dazu muss man verschiedene Debattentypen unterscheiden und hinsichtlich ihres Begriffsgebrauchs untersuchen.

In der parlamentarischen Prozedur kann man unterschiedliche Debattentypen und -stufen unterscheiden. Historisch bedeutsam sind die Unterschiede zwischen den drei Lesungen, zwischen Plenar- und Ausschussdebatten ebenso wie die Vertagungs- und Geschäftsordnungsdebatten (vgl. dazu Scobell 1656). Die Gesetzgebung, der Haushalt, die Regierungserklärung und der Misstrauensantrag zum Beispiel werden alle in leicht unterschiedlichen Formen debattiert. Wie unterschiedlich Begriffe in diesen verschiedenen

Genres thematisiert und diskutiert werden und wie die Gewichtung dieser Debattengenres zum Begriffswandel der parlamentarischen Politik beitragen, ist bisher allerdings noch nicht untersucht worden.

Längsschnittvergleiche sind in Bezug auf die sich regelmäßig wiederholenden Subgenres der Parlamentsdebatten wertvoll. In verschiedenen Subgenres können jeweils unterschiedliche Begriffe beziehungsweise Begriffstypen thematisiert werden. Neben den Debatten um ‚Sachfragen‘ auf unterschiedlichen Politikfeldern kann man mit größerem Erkenntnisgewinn die Unterschiede zwischen Regierungsvorlagen und den von Oppositionsparteien beziehungsweise einzelnen Parlamentariern initiierten Debatten (Fragestunden der Minister oder Debatten im Kontext von Untersuchungsausschüssen) vergleichen.

In den jährlichen Haushaltsdebatten etwa kehren bestimmte Topoi immer wieder. Ihre relative Ähnlichkeit über Jahrzehnte, in den verschiedenen Ländern sowie über Parlamentstypen hinweg ermöglicht eine vergleichende Analyse. Über diese Topoi kann man historische Wandlungen und inter-parlamentarische Übertragungen von Begriffen in der Budgetrhetorik untersuchen. Haushaltsdebatten sind auch insoweit vom besonderen Interesse, als sie in den meisten Ländern die Gelegenheit bieten, eine Generaldebatte zur Politik der Regierung durchzuführen. Einzelne Budgetposten werden dabei zwar als ‚Sachfragen‘ behandelt. Zugleich stellen sie aber auch die Themen dar, an denen sich die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition entzündet sowie eine Deliberation über politische Prioritäten geführt wird.

Obwohl Haushaltsdebatten in ihrer Regelmäßigkeit und Formgebundenheit einzigartig sind, gibt es auch andere Subgenres, die historische und damit Querschnittsvergleiche ermöglichen. Debatten über Misstrauensvoten gelten als ‚Sternstunden des Parlaments‘, obwohl diese Debatten ihre rhetorische Schärfe insofern verloren haben, als Regierungen heute kaum je durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Dies war während der Dritten und Vierten Republik in Frankreich noch anders. Was geschieht mit den während der Misstrauensdebatten verwendeten Begriffen, wenn keine realistischen Chancen bestehen, die Regierung zu Fall zu bringen? Aus Sicht der Begriffsgeschichte ist hier interessant, nach den Anlässen dieser Debatten und den Begründungen dafür zu fragen, warum trotzdem das Misstrauensvotum als Instrument der Opposition gewählt wurde.

Ein lohnenswerter Debattenkontext für rhetorische Begriffsgeschichten sind etwa die wiederholt geführten Debatten um die ‚Diäten‘ der Parlamentarier, die von der ursprünglich gewährten Aufwandsentschädigung über die später erfolgte Einführung von Monatsgehältern bis hin zur Pflicht der Deklaration von Nebeneinkünften reichen. Hier kann man feststellen, dass die militante Polemik gegen die „schmutzigen Diätenrentiere“, wie sie Bismarck im Jahr 1849 (zitiert bei Hospach 1992: 175) vorgetragen hat, in dieser Form verschwunden ist. Fragen, die in diesen Debatten verhandelt werden, stehen in unregelmäßiger Folge immer wieder auf der Agenda parlamentarisch regierter Länder. Empirische Analysen der Diäten- und Gehaltsdebatten verweisen auf die politische Stellung der Parlamentarier und auf die Akzeptanz des Berufspolitikertums. Zugleich bieten sie eine Gelegenheit für eine rhetorisch informierte Begriffsgeschichte, das Selbstverständnis der Abgeordneten auf eventuelle Ungleichzeitigkeiten etwa im Verhältnis Grad der Demokratisierung beziehungsweise Parlamentarisierung hin zu untersuchen.

Man weiß jedoch nicht *a priori*, in welchen parlamentarischen Debattenkontexten zentrale politische Begriffe auf originelle Weise verwendet wurden. Der rhetorische Charakter der parlamentarischen Politik äußert sich vielfach in improvisierten Debatten mit spontanen, das heißt nicht vorher geplanten Redebeiträgen, Repliken, Zwischenrufen und

so weiter (vgl. Gladstone 1838, veröffentlicht 1953). Auf Basis der offiziell gedruckten Dokumente, in denen die Themen als Stichworte aufgeführt sind, kann man derartige Spontandebatten nur schwer identifizieren, zumindest wenn sie keine unmittelbaren Folgen für die Regierungspolitik beziehungsweise für parlamentarische Reformen hatten. Deswegen bietet die Suche in Internetquellen durchaus Chancen, kanonisierte Auffassungen darüber, welche Parlamentsdebatten interessant sind, aus der Sicht einer rhetorischen Begriffsgeschichte in Frage zu stellen.

Debatten, die ausschließlich im Parlament ausgetragen werden, sind weniger durch die Arena des Parlaments als durch die Problematisierung der parlamentarischen Form der Debatte selbst charakterisiert. Debatten um die parlamentarische Geschäftsordnung sind ein Musterbeispiel für Debatten, in denen es nicht primär um Machtfragen im Parlament, sondern um die Bedingungen der parlamentarischen Politik selbst geht. Obwohl auch hier formal die Mehrheitsverhältnisse in Abstimmungen entscheidend sind, geht es in diesen Debatten um die Stellung und die Tätigkeitsformen des Parlaments selbst, und in dieser Beziehung sind etwa die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition nicht immer ausschlaggebend. Vielmehr debattiert man um die Angemessenheit verschiedener Praktiken hinsichtlich des ‚fairen Spiels‘ als der regulativen Idee der parlamentarischen Prozedur.

Somit kann man Debatten auch nach ihrem Grad der ‚Parlamentsartigkeit‘ unterscheiden. Dabei lässt sich der Gebrauch der Begriffe nach der Debattenart differenzieren. Was etwa in der Fragestunde zu sagen möglich ist, ist in Prozedurdebatten nicht ohne weiteres möglich oder umgekehrt. Dabei bleibt die Frage offen, welche Quellen zum Beispiel zur Analyse von Debatten herangezogen werden sollten, die sich auf den Parlamentarismus selbst beziehungsweise auf den parlamentarischen Charakter einer Vorgehens- und Redeweise beziehen. Hier sind sowohl alle Prozedurdebatten als auch jene Alltagsdebatten zu beachten, um die heftige und auch unter Zeitgenossen berühmte Kontroversen etwa zur ‚unparlamentarischen‘ Rede entstanden sind.

6. Begriffskontroversen

Eine weitere Form der Begriffsgeschichte anhand parlamentarischer Debatten schließt sich an die Formel Quentin Skinners über den *Leviathan* als ‚Parlamentsrede‘ an. Anstatt bestimmte Begriffe in beliebigen Debatten zu untersuchen beziehungsweise bestimmte Debattentypen *per se* als Schlüsselereignisse der parlamentarischen Politik im Voraus zu bestimmen, kann man Debatten auch anhand ihrer Schlüsselbegriffe analysieren. Begriffe erscheinen dann als historische und politische Nahtstellen (*pivots* bei Koselleck 1996) der Debatten.

In diesen *Begriffskontroversen* um die Interpretation oder Bewertung von Begriffen ist das Verhältnis zwischen Begriff und Debatte konzeptionell; offen bleibt die Frage, wann und in welcher Hinsicht derartige Begriffsdebatten in Parlamenten geführt werden. Will man Kontroversen um den Begriff des Parlamentarismus nachgehen, dann ist zu vermuten, dass die Analyse von Verfahrens-, Verfassungs- und Wahlrechtsdebatten sowie Debatten um den Status der Parlamentarier fruchtbarer ist als die Untersuchung von ‚Sachdebatten‘. Begriffe werden in diesen Debatten zu heuristischen Prinzipien. Sie erleichtern Auswahl und Gliederung der Debatten. Anschließend können die Debatten sowohl nach der zu erwartenden als auch nach der realisierten Bedeutsamkeit für den Be-

griffswandel untersucht werden. Begriffe stellen in dieser Sichtweise die Pointe beziehungsweise einen rhetorischen Effekt in einer als Sprechakt verstandenen Debatte dar.

Um den Umfang und die Intensität der Begriffskontroversen beurteilen zu können, kann man die zeitgenössische Sicht der Politiker, Journalisten oder Zeithistoriker zu Hilfe nehmen, muss deren Äußerungen aber auch aus der Sicht der eigenen Fragestellung beurteilen. Nicht alle Debatten sind den Beteiligten in Erinnerung geblieben. Auch kann die tagespolitische Bedeutung von intensiven beziehungsweise konzeptionell innovativen Begriffsdebatten marginal sein. Für den Politikbegriff sind etwa spezialisierte Auseinandersetzungen um ‚politische‘ Verbrechen, Gefangene, Flüchtlinge und Asylbewerber interessante parlamentarische Gelegenheiten für Begriffskontroversen geworden, obwohl diese nur besondere Aspekte des Politikbegriffs betreffen. In diesem Sinne kann die nachträgliche Sicht der Begriffsgeschichte nicht nur die konzeptionelle, sondern auch die weitere politische Bedeutung von Begriffsdebatten neu bewerten.

Das Verhältnis zwischen Begriff und Debatte stellt sich so dar, dass der thematisierte Begriff in den Kontroversen keineswegs im Zentrum der Auseinandersetzung stehen muss. Eine Reihe von Debatten, die für den Parlamentarismus erstrangig sind, in denen jedoch um völlig andere Fragen gestritten wurde, fand um 1880 in Westminster statt. Zu dieser Zeit betrieben irische Abgeordnete um Charles Parnell eine gezielte und feinsinnige Obstruktion mit dem Ziel der Stärkung der irischen Autonomie (*home rule*) (zur Datierung der Parlamentssitzungen vgl. Redlich 1905). Diese Obstruktion zwang die Parlamentsmehrheit dazu, die Redezeit der Abgeordneten durch die *clôture*-Regel sowie die Möglichkeit zur Vertagung der Debatte (*ajournement*) zu begrenzen und dem Parlamentspräsidenten stärkere Vollmachten zur Sanktionierung der Abgeordneten zu geben, deren Reden sich von der ‚Sache‘ entfernen. Diese Reformen im parlamentarischen Verfahren haben die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Regierungsform in Großbritannien gestärkt. Indes haben sie auch die Vollmachten des Parlamentspräsidenten vergrößert und der Regierung beim Agenda-Setting zu einer größeren Macht gegenüber dem Parlament verholfen.

Die irische Obstruktion ist jedoch nur eine Episode in der Veränderung parlamentarischer Politik nach den Reformakten von 1832 und 1867. Die Obstruktion dramatisierte allgemeine Tendenzen – nämlich die zunehmende Bereitschaft der Abgeordneten zu Plenarreden und die Verlängerung der parlamentarischen Agenda. In einem Parlament, das auf einer breiten Wählerschaft und starken Parteienkonkurrenz im Wahlkampf beruht und das zu immer mehr Fragen Stellung nimmt, sind diese Tendenzen schon angelegt. Die Folge ist eine radikal zunehmende parlamentarische Zeitknappheit. Debatten um Obstruktion und Redefreiheit sind von der Frage geprägt, inwieweit und in welchen Formen prozedurale Reformen zur Bewältigung der parlamentarischen Zeitknappheit nötig sind. Es geht also darum, wie im ungeschriebenen parlamentarischen Prinzip des *fair play* (vgl. Redlich 1905: 160; 500; 615; 797) der faire Umgang mit der Redezeit und eine gegebenenfalls nötige Revision des parlamentarischen Kalenders berücksichtigt werden kann und soll.

Jenseits der damals aktuellen Auseinandersetzung um die Obstruktion irischer Abgeordneter ging es in der Debatte also um die Eigenständigkeit der parlamentarischen Politik, für die die Zeitknappheit bis dahin kein akutes Problem gewesen war (vgl. Redlich 1905: 99–162). Seither sind die Probleme der parlamentarischen Zeitknappheit in immer neuen Formen thematisiert worden, aber die Debatte im Kontext der Parnell'schen Obstruktion bildet noch immer ein historisches Momentum, auf das die späteren Debatten zu

diesem Thema bezogen werden können. Die Obstruktions- und die an sie anschließenden Verfahrensdebatten verweisen auf ein Momentum, in dem greifbar wird, dass der Parlamentarismus auch ein ‚Spiel mit der politischen Zeit‘ geworden ist.

Zum Politikum wird der Faktor Zeit im Parlamentarismus etwa in der parlamentarischen Autonomie hinsichtlich der Bestimmung der Sitzungszeit und der Tagesordnung (vgl. Riescher 1994), der Kontrollmöglichkeiten und -formen des Parlaments gegenüber Regierung und Verwaltung (vgl. Weber 1918), hinsichtlich der Gleichheit der Abgeordneten aller Fraktionen in parlamentarischen Debatten sowie der Ausstattung des Parlaments und der Parlamentarier mit eigenen Büros. Die Zeitfristen zwischen ‚Lesungen‘ sind ebenfalls für die parlamentarische Deliberation, das heißt für die Chance eines Umdenkens/einer Meinungsänderung bei Abgeordneten, wesentlich.

In derartigen Debatten wird über das Parlament und den Parlamentarismus diskutiert, ohne dass diese Begriffe selbst direkt von den Abgeordneten in den Debatten erwähnt werden müssen. Trotzdem können die Interpreten einen derartigen Bezug zu Parlamentsbegriffen aus dem Wortgebrauch und den rhetorischen Schachzügen herausarbeiten. Möglich wird dies, indem sie zum Beispiel konkurrierende Interpretationen des parlamentarischen *fair play* unter zunehmender Zeitknappheit oder verschiedene Beurteilungen der Bedeutung der größeren Macht des Agenda-Settings der Regierung für den Parlamentarismus aufweisen.

7. Debattenregelungsbegriffe

Am deutlichsten wird der konzeptionelle Zusammenhang zwischen Begriff und Debatte in Fragen, die sich mit der Stellung des Parlaments als der deliberativen Versammlung und des Parlamentarismus als dem rhetorischen Politikstil *par excellence* beschäftigen. Es geht dabei sowohl um Begriffe, die mit der Prozedur parlamentarischer Debatten selbst in Zusammenhang stehen als auch um Begriffe, mit denen man die Bedingungen und Kriterien parlamentarischer Debatten überhaupt beurteilt.

Neben den im Abschnitt 4. erwähnten Deliberationsbegriffen sind Begriffe wie Tagesordnung, Vertagung, Verfahrensfrage oder Ordnungsruf zentrale Debattenbegriffe der parlamentarischen Auseinandersetzung. Die inneren Streitigkeiten des Parlaments werden durch die Geschäftsordnung, die Agenda und den Parlamentspräsidenten geregelt, und zwar sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen des Parlaments. Die Debattenregelungsbegriffe verweisen auf besondere ‚parlamentarische‘ Vorgehensweisen zur Behandlung der im Parlament präsentierten beziehungsweise von der Regierung zur Stellungnahme ins Parlament gebrachten Fragen. Zum Begriff der parlamentarischen Regierung gehört etwa, dass die Regierung ihre Vorlagen einer parlamentarischen Diskussion aussetzt, die bestimmten Prozeduren folgt. Versuche etwa, die Debatte mit Ausnahmeregelungen zu beschleunigen, laufen Gefahr, sich dem Vorwurf eines unparlamentarischen Verfahrens auszusetzen.

Das Beispiel der Obstruktionsdebatten und der parlamentarischen Zeitknappheit verweist auf parlamentsinterne Auseinandersetzungen, in denen um die Bedingungen der Debatten selbst gestritten wird. Ob Repräsentationsbegriffe den Deliberationsbegriffen gegenüberstehen oder durch sie vermittelt werden, hängt also entscheidend von der parlamentarischen Geschäftsordnung und den sie ergänzenden parlamentarischen Praktiken und Konventionen ab. Diese enthalten eine ganze Menge parlamentstechnischer Begriffe,

die ihre eigene Geschichte haben und deren historischer Sinn und aktuelle Reichweite näher debattiert werden müssen, damit die politische Pointe in ihrer Anwendung besser nachvollziehbar wird. Wie weit reicht etwa die parlamentarische Immunität der Abgeordneten und welche Art von Verfahren zu ihrer eventuellen Beseitigung sind heute angemessen?

Das Prinzip des *fair play* enthält neben dem Prinzip, in jeder Frage *pro et contra* zu reden, Regelungen bezüglich einer ‚unparlamentarischen‘ Sprache beziehungsweise eines unparlamentarischen Verhaltens. Solche Regelungen sind ein alter Topos des englischen Parlaments, und sie werden in irgendeiner Form in jedem unabhängigen Parlament noch immer verwendet. Es geht dabei darum, dass es, unabhängig von der Schärfe der Auseinandersetzungen, möglich ist, den Streit in einem dem Parlament angemessenen Stil auszutragen. Wer das Parlament selbst beziehungsweise seine Mitglieder in einer verachtenden Sprache beleidigt, soll für sein Verhalten bestraft werden. Auch in diesem Debattenregelungsbegriff geht es um die Bedingungen der parlamentarischen Politik selbst, die oberhalb des regierungs- und parteipolitischen Konflikts stehen.

Selbstreflexive Debatten um das parlamentarische *fair play* beziehen sich auf die Voraussetzungen der parlamentarischen Politik überhaupt. Sie zeigen die Grenzen der Souveränität der jeweiligen Parlamentsmehrheit im Verhältnis zu den rhetorischen Bedingungen einer fairen parlamentarischen Debatte. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Mehrheitsprinzip und den Voraussetzungen einer fairen parlamentarischen Debatte muss man auf die vorhandenen Debatten in den Parlamenten beziehen und die jeweiligen Entscheidungen aus der Sicht des Idealtypus des fairen Spiels beurteilen.

Die britische Obstruktionsdebatte ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Das Unterhaus bewies darin seine Handlungskraft. Doch kann die Frage gestellt werden, ob dies auf Kosten des fairen Spiels geschah. Durch die Regelungen zur Vermeidung von Obstruktionen hat die Regierung die Oberhand beim Agenda-Setting gewonnen. Dies kann als eine Abweichung vom Prinzip des fairen Spiels interpretiert werden. Andererseits macht die Thematisierung parlamentarischer Zeitknappheit in der Obstruktionsdebatte auch deutlich, dass das Prinzip des fairen Spiels einer Ergänzung bedarf. Der Aspekt der Zeitknappheit muss in der Interpretation des Begriffs des fairen Spiels berücksichtigt werden. Seit dem Parnell'schen Momentum ist somit die faire Verteilung der parlamentarischen Zeit konstitutives Merkmal des parlamentarischen Politikstils.

Neben dem Verhältnis zwischen Repräsentation und Deliberation wird hier eine Auseinandersetzung um die Interpretation der Parlamentssouveränität greifbar, die historisch durch die Analyse einzelner Debatten in verschiedenen Parlamenten analysiert werden kann. Wie verhalten sich das Prinzip der Souveränität des Parlaments und das Prinzip einer möglichst weitgehenden Entscheidungsfreiheit der jeweiligen Parlamentsmehrheit zueinander? Wann droht die Untätigkeit des Parlaments beziehungsweise die Abgabe parlamentarischer Befugnisse an Verwaltung oder Gerichte? Wie weit können sich einzelne Abgeordnete und parlamentarische Minderheiten durchsetzen, wenn sie gegenüber der Mehrheit eine strenge Befolgung der vorhandenen Prozedur fordern? Was kann die Berufung auf das ungeschriebene Prinzip des fairen Spiels bewirken, wenn verhindert werden soll, dass es von der Parlamentsmehrheit ausgenutzt wird? Fragen wie diese sind für den Begriff des Parlamentarismus und seine Geschichte von unmittelbarer Bedeutung.

8. Das parlamentarische Momentum

In diesem Beitrag habe ich einige einfache Möglichkeiten skizziert, um begriffsgeschichtliche und rhetorische Ansätze auf Parlamentsdebatten und auf Debatten anzuwenden, die den in Parlamenten geführten ähnlich sind. Darüber hinaus ist es leicht, weitere Anwendungsmöglichkeiten zu finden. Obwohl Parlamentsdebatten bis jetzt in keinem der nationalen Projekte zur Begriffsgeschichte – in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Spanien, Finnland und anderswo – systematisch als Quellen der Analyse benutzt worden sind, bieten sie sich für eine vergleichende Begriffsgeschichte an.

Skinner's Empfehlung zur Lektüre des *Leviathan* verweist auf die exemplarische Bedeutung des Parlaments für die politische Analyse von Debatten. Der kanadische Rhetorikprofessor James De Mille hat indes zwischen *kontroversen* und *parlamentarischen Debatten* unterschieden (1878: 471). Als Unterscheidungskriterium diene ihm dabei der unterschiedliche Grad der formalen Prozeduralisierung der Debatten.

Im Vergleich zu parlamentarischen Auseinandersetzungen sind etwa die akademischen Streitigkeiten weniger systematisch und schwächer prozeduralisiert, und gerade dies führt in der Praxis dazu, dass eine Debatte entweder gar nicht zustande kommt oder dass sie kurzerhand unterbunden wird. Die Bedeutung des Skinner-Vorschlags liegt darin, den *parlamentsanalogen* Charakter der akademischen Kontroversen ernst zu nehmen, das heißt Studien auch dann als Debattenbeiträge zu lesen, wenn sie sich, wie bei Hobbes, als Beiträge zur Beendigung einer Debatte verstehen. Aus dieser Sicht muss in der Analyse wissenschaftlicher Debatten immer auch untersucht werden, worauf sich die jeweiligen Beiträge beziehen. Auch müssen konkurrierende Beiträge der Debatte und der exakte Gegenstand der Auseinandersetzung ausgemacht werden. Mit Hilfe der parlamentarischen Analogie kann die Aufmerksamkeit auf die Mängel im *fair play* gelenkt werden, wie sie auch in wissenschaftlichen Diskussionen vorkommen.

Koselleck betont mit seiner Sattelzeitthese die epochalen Umbrüche in den Bedingungen der Begriffsbildung. Was sich verändert hat, sind nicht einzelne Begriffe, sondern der gesamte Typus der Begriffsbildung: Begriffe werden zu verzeitlichten Vorgriffen beziehungsweise zu Bewegungsbegriffen. In diesen Fällen – wie Koselleck exemplarisch am Geschichtsbegriff darstellt (vgl. besonders Koselleck 1975) – geht es um eine von den Akteuren selbst nicht beachtete Begriffsumformung, „die alle vom selben Wortkörper transportiert werden mögen“ (Koselleck 1983: 15). In einem ähnlichen Sinne habe ich von einem ‚Horizontwechsel‘ als einem umfassenden, von den zeitgenössischen Akteuren aber erst nachträglich sichtbaren Umbruch im Politikbegriff gesprochen (vgl. Palonen 1985; 1990; 2006).

Für die Analyse parlamentarischer Debatten als einer idealtypischen Situation des inneren Zusammenhangs zwischen Begriff und Debatte bedeutet die Parlamentarisierung der Politik eine analoge epochale Wende. Damit meine ich zum einen die Parlamentarisierung der Regierung. Zum anderen meine ich aber auch die Herausbildung einer bestimmten parlamentarischen Prozedur auf der Basis der Grundsätze des fairen Spiels und der Debatte *pro et contra* sowie einer rhetorischen Kultur in der politischen Praxis, in der die Debatte die reinen Mehrheitsentscheidungen begrenzt und die Bürokratie effektiv kontrolliert wird. Diese drei Aspekte bilden zusammen den parlamentarischen Idealtypus. Dabei können unterschiedliche historische Situationen in unterschiedlichen Kontexten vom späten 18. Jahrhundert bis heute als ein Momentum verstanden werden, in dem eine Annäherung an den parlamentarischen Idealtypus stattfindet.

Kosellecks These von symmetrischen Gegenbegriffen macht es möglich, das parlamentarische Momentum in der Begriffsbildung genauer herauszuarbeiten. Für die Parlamentarisierung der Begriffe ist vielleicht nicht entscheidend, dass alle Beteiligten dieselben ‚Grundbegriffe‘ zur Austragung politischer Streitigkeiten benutzen. Wichtiger ist, dass die Prozedur des fairen Spiels als eine Bedingung der Debatte *pro et contra* anerkannt wird, die das Prinzip rücksichtsloser Mehrheitsentscheidungen begrenzt. Wie das Beispiel der Zeitknappheit andeutet, bleiben dabei durchaus Spielräume für Interpretationskämpfe um die Bedingungen der fairen Debatte. Die Veränderungen hinsichtlich politischer Rahmenbedingungen (Demokratisierung des Wahlrechts) oder rhetorischer Praktiken (das Reden im Plenum als Teil der Parlamentariertätigkeit) haben zu Herausforderungen in der Praxis des fairen Spiels geführt, die sich ihrerseits in Debatten um die Prozedur, um die Arbeitsbedingungen des Parlaments und der Parlamentarier und ähnlichen Fragen fortsetzen.

Die Empfehlung Skinners zur *Leviathan*-Lektüre diene mir als Ausgangspunkt zur Konstruktion einer möglichen Begriffsgeschichte, in der die Begriffe nicht von Debatten zu unterscheiden sind, obwohl man den späteren Interpreten eine größere Einsicht in die historische und politische Bedeutung der Begriffe und Debatten als den jeweiligen historischen Akteuren zugestehen muss. Der Anlass, Begriffe zu revidieren, ergibt sich daraus, in einer Debatte eine Antwort gegen Einwände entwickeln zu müssen.

Weder Begriffe noch Debatten als solche, sondern der Begriff-Debatten-Komplex, bilden also den Gegenstand einer rhetorisch geprägten Begriffsgeschichte beziehungsweise einer begriffsgeschichtlichen Rhetorik. Die Parlamentsdebatten bilden dafür den idealtypischen politischen Zusammenhang, der die Verbindung zwischen Begriffen und Debatten sowohl für den Analytiker als auch für die Akteure im Parlamentarismus nachvollziehbar werden lässt. In diesem Sinne beziehen sich der Parlamentarismus als ein politischer Regimetypus und die prozedurale Form der parlamentarischen Politik aufeinander – mit dem Ideal des fairen Spiels als ihrem Bindeglied. Meine einfache Typologie von idealtypischen Formen im Verhältnis zwischen Begriffen und Debatten bildet den ersten Schritt zur weiteren Thematisierung des Komplexes.

Literatur

- Ankersmit, Frank R., 2002: *Political Representation*, Stanford.
- Barthou, Louis, 1923: *Le Politique*, Paris.
- Bayley, Paul, 2004 (Hg.): *Cross-Cultural Perspectives on Parliamentary Discourse*, Amsterdam.
- Brewer, John M., 1916: *Oral English. Directions and exercises for planning and delivering common kinds of talks, together with guidance for debating and parliamentary practice*; <http://www.archive.org/details/oralenglishdire00brewgoog>, 15.7. 2009.
- Colclough, David, 2005: *Freedom of Speech in Early Stuart England*, Cambridge.
- Curzon, George, 1913: *Modern Parliamentary Eloquence*, London.
- De Mille, James, 1878: *Elements of Rhetoric*; <http://www.archive.org/stream/elementsrhetori01millgoog>, 15.7. 2009.
- Erskine May, Thomas, 1844: *Erskine May's Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and Usage of the Parliament*, 22. Auflage, London.
- Fernández Sebastián, Javier, 2007: *Intellectual History, Liberty and Republicanism: An Interview with Quentin Skinner*. In: *Contributions to the history of Concepts* 3, 103–123.
- Gladstone, William E., 1838/1953: *Public Speaking*. In: *The Quarterly Journal of Speech* 39, 266–272.

- Goldberg, Hans-Peter, 1998: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf.
- Goodrich, Chauncey A., 1853: *Select British Eloquence: Embracing the Best Speeches Entire, or the Most Eminent Orators of Great Britain for the Last Two Centuries with Sketches of their Lives and Estimate of their Genius, and Notes, Critical and Explanatory*; <http://www.archive.org/details/selectbritishel00goodgoog>, 15.7.2009.
- Hamilton, William G., 1808/1927: *Parliamentary Logic*, with an introduction and notes by Courtney S. Kenny, Cambridge.
- Hansard, 1803–2005; <http://hansard.millbanksystems.com>, 7.7.2010.
- Hospach, Franz J., 1992: *Diäten in Deutschland*. Dissertation, Tübingen.
- Ihalainen, Pasi / Palonen, Kari, 2009: *Parliamentary Sources in the Comparative Study of Conceptual History: Methodological aspects and illustrations of a research proposal*. In: *Parliaments, Estates & Representation* 29, 17–34.
- Ilie, Cornelia, 2010 (Hg.): *European Parliaments under Scrutiny. Discourse strategies and interaction practices*, Amsterdam.
- Inter-Parliamentary Union: *Websites of the National Parliaments*; <http://www.ipu.org/english/parlweb.htm>, 27.7.2010.
- Koselleck, Reinhart, 1972: *Einleitung*. In: ders., *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 1, Stuttgart, xi–xxvii.
- Koselleck, Reinhart, 1975: *Geschichte, Historie*, Kap. 1, III–VI. In: ders., *Geschichtliche Grundbegriffe* Band 2, Stuttgart, 593–595, 647–718.
- Koselleck, Reinhart, 1979: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt (Main).
- Koselleck, Reinhart, 1983: *Begriffsgeschichtliche Probleme der Verfassungsgeschichtsschreibung*. In: ders., *Der Staat*, Beiheft 6, 7–21.
- Koselleck, Reinhart, 1996: *A Response to Comments on the Geschichtliche Grundbegriffe*. In: Hartmut Lehmann / Melvin Richter (Hg.), *The Meaning of Historical Terms and Concepts*, Washington, 59–70.
- Koselleck, Reinhart, 2006: *Begriffsgeschichten*, Frankfurt (Main).
- LeDreizen, Bernard, 2005: *Victor Hüge ou l'éloquence souveraine*, Paris.
- Les grands discours parlementaires, 2004–2006*, 6 Bände, Paris.
- Lombard, Paul, 1928: *A la tribune. Manuel satirique d'éloquence parlementaire à l'usage des électeurs et candidats*, Paris.
- Mack, Peter, 2002: *Elizabethan Rhetoric*, Cambridge.
- Meisel, Joseph S., 2001: *Public Speech and the Culture of Public Life in the Age of Gladstone*, New York.
- Mergel, Thomas, 2002: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf.
- Mill, John S., 1861/1991: *Considerations on Representative Government*, Buffalo.
- Müller-Meiningen, Ernst, 1926: *Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten*, Berlin.
- Musolf, Karen J., 1999: *From Plymouth to Parliament. A rhetorical history of Nancy Astor's 1919 Campaign*, London.
- Palonen, Kari, 1985: *Politik als Handlungsbegriff. Horizontwandel des Politikbegriffs in Deutschland 1890–1933*, Helsinki.
- Palonen, Kari, 1990: *Die Thematisierung der Politik als Phänomen. Eine Interpretation der Geschichte des Begriffs Politik im Frankreich des 20. Jahrhunderts*, Helsinki.
- Palonen, Kari, 2003: *Quentin Skinner. History, Politics, Rhetoric*, Cambridge.
- Palonen, Kari, 2004: *Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck*, Münster.
- Palonen, Kari, 2005: *Political Theorizing as a Dimension of Political Life*. In: *European Journal of Political Theory* 4, 351–366.
- Palonen, Kari, 2006: *The Struggle with Time. A conceptual history of politics as an activity*, Münster.

- Palonen, Kari, 2010: Der Parlamentarismus als Begriff. In: Archiv für Begriffsgeschichte-Sonderheft 7, 91–106.
- Peltonen, Markku, 2007: Rhetoric and Citizenship in the Monarchical Republic of Queen Elizabeth I. In: John F. McDiarmid (Hg.), *The Monarchical Republic of Early Modern England*, Aldershot, 129–148.
- Peltonen, Markku, 2009: Political rhetoric and citizenship in Coriolanus. In: David Armitage / Conal Condren et al. (Hg.), *Shakespeare and Early Modern Political thought*, Cambridge, 234–252.
- Pierre, Eugène, 1887: *De la procédure parlementaire. Étude sur le mécanisme intérieur du pouvoir législatif*, Paris.
- Pierre, Eugène, 1893/1902: *Traité de droit politique, électoral et parlementaire*, Paris.
- Pierre, Eugène, 1906/1924: *Traité de droit politique, électoral et parlementaire, Supplément*, Paris.
- Redlich, Josef, 1905: *Recht und Technik des Englischen Parlamentarismus*, Leipzig.
- Reinach, Joseph, 1894 (Hg.): *L'éloquence Française depuis la Révolution jusqu'à nos jours*, Paris.
- Riescher, Gisela, 1994: *Zeit und Politik*, Baden-Baden.
- Scobell, Henry, 1656/1685: *Memorials of the Method and Manner of Proceedings in Parliament in Passing Bills*; <http://eebo.chadwyck.com.ezproxy.jyu.fi>, 23.12.2010.
- Skinner, Quentin, 1978: *The Foundations of Modern Political Thought. Vol. I, The Renaissance*, Cambridge.
- Skinner, Quentin, 1996: *Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes*, Cambridge.
- Skinner, Quentin, 1999: Rhetoric and Conceptual Change. In: *Finnish Yearbook of Political Thought* 3, 60–73.
- Skinner, Quentin, 2005: On Intellectual History and the History of Books. In: *Contributions to the History of Concepts* 1, 29–36.
- Skinner, Quentin, 2008: Quentin Skinner interviewed by Alan Macfarlane 10th January 2008; <http://www.dspace.cam.ac.uk/bitstream/1810/197060/1/skinner.txt>, 27.7. 2010.
- Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer; <http://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>, 27.7. 2010.
- Weber, Max, 1917/1988: *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland*. In: Wolfgang J. Mommsen / Michael Meyer, *Max-Weber-Studienausgabe I/15*, Tübingen, 155–189.
- Weber, Max, 1918/1988: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*. In: Wolfgang J. Mommsen / Michael Meyer, *Max-Weber-Studienausgabe I/15*, Tübingen, 202–302.
- Weber, Max, 1919/1994: *Politik als Beruf*. In: Wolfgang J. Mommsen / Michael Meyer, *Max-Weber-Studienausgabe I/17*, Tübingen, 35–88.